

OA-Update / 6, 23. April 2021

Osteuropa



Das sechste Osteuropa-Update im Jahr 2021 beschäftigt sich unter anderem mit den Frühjahrsprognosen für die Länder in der Region. Die gegenwärtigen geopolitischen Spannungen durch den russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine drohen die wirtschaftliche Entwicklung im Land negativ zu beeinflussen. Darüber hinaus sind bei den Verhandlungen mit

dem Internationalen Währungsfonds noch keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden. Belarus erwartet noch im ersten Halbjahr des Jahres die Auszahlung einer zweiten russischen Kredittranche und konnte unter anderem seine Währungsreserven durch einen neuen Eurobonds stabilisieren. Georgien konnte den laufenden Review-Prozess mit dem Internationalen Währungsfonds erfolgreich abschließen und freut sich, dass die Fluggesellschaft Eurowings ab Juli 2021 zwei Mal wöchentlich zwischen Düsseldorf und Tiflis verkehren möchte. In der EAWU wird diskutiert, ob eine Delegation aus Aserbaidschan zum nächsten hochrangigen Treffen eingeladen wird. Die Zustimmung Armeniens dazu ist notwendig. Innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) wird auch der Aufbau eines eigenen digitalen Zahlungs- und Verrechnungssystems geplant, mit dem man die Transaktionen unabhängig vom US Dollar machen möchte.

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

Die **Entwicklungen** in der Ukraine wurden in den vergangenen Wochen **von den wachsenden Spannungen in der Region überschattet**. Russland hat **signifikante Truppenkontingente an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen** (mehrere zehntausend Soldaten sowie schweres militärisches Gerät) und führt Militärübungen im Schwarzen Meer durch. Für letzteres wurden größere Teile des **Wasser- und Luftraumes im Schwarzen Meer gesperrt**, was auch den Zugang zu ukrainischen Gewässern erschwert. Die ukrainische Führung sucht derweil **den Schulterschluss mit ihren westlichen Partnern und der NATO**. Die gewünschte **Mitgliedschaft im Verteidigungsbündnis** oder zumindest der Status als „wichtiger Verbündeter“ unter den NATO-Partnern **scheint jedoch weiter unwahrscheinlich**, auch wenn Litauen, Lettland und Polen die Mitgliedschaftsambitionen der Ukraine deutlich unterstützen.

Das staatliche russische Unternehmen **Rosneft hat den Verkauf von Diesel in die Ukraine** mit Wirkung vom 1. April 2021 **eingestellt**, wie die Agentur Reuters berichtet. Aufgrund von Wartungsarbeiten sind **ingeschränkte Lieferung auch aus Belarus für den Monat Mai zu erwarten**. Die ukrainische Antimonopolbehörde warnte Händler und Betreiber davor, die Knappheit für nicht marktgerechte Preiserhöhungen zu nutzen. Die **Ukraine verbraucht rund sieben Millionen Tonnen Diesel pro Jahr**, von denen etwa **zwei Drittel aus Russland und Belarus importiert** werden. Experten vermuten hinter dem russischen Exportstopp eine Reaktion auf die Verstaatlichung einer Dieselpipeline im Februar 2021, die von Russland durch die Ukraine nach Ungarn verläuft. Im Jahr 2016 war der ukrainische Abschnitt an Wiktor Medwedtschuk verkauft worden, der kürzlich in der Ukraine mit Sanktionen belegt wurde.

Die **ukrainische Regierung** und der **Internationale Währungsfonds (IWF)** ringen weiterhin um die **Auszahlung der ausstehenden Mittel des laufenden Stand-By-Arrangements**. Es sei **unklar**, so der IWF in einer Mitteilung, **wann der laufende Review-Prozess beendet werden könne**. Zu den **Forderungen des IWF** gehören der **Schutz der Nationalbank** vor politischer Einflussnahme, die **Beibehaltung der Anti-Korruptions-Infrastruktur** nach europäischen Standards, die **Rückführung des Budgetdefizits** auf ein Vorkrisenniveau, die Etablierung eines **funktionierenden Gasmarktes für Endverbraucher** und der **Verzicht auf ein Steueramnestiegesetz**. Die letzte Zahlung in Höhe von 2,1 Milliarden US-Dollar datiert vom 11. Juni 2020. Es stehen noch rund drei Milliarden US-Dollar im Rahmen der Vereinbarung zur Verfügung. Der ukrainische **Finanzminister Marchenko** betonte in diesem Zusammenhang die **positive Lage an den Bond-Märkten** für ukrainische Anleihen, sagte aber **gleichzeitig, dass das Land nicht auf die IWF-Zahlungen verzichten könne**. Im Jahr 2021 müsse die Ukraine rund sechs Milliarden US-Dollar Verbindlichkeiten decken.

Die **Nationalbank der Ukraine (NBU)** hat am 15. April 2021 die **Erhöhung des Leitzinses** um ein Prozent **auf nun 7,5 Prozent** beschlossen. Mit dieser Maßnahme soll die Inflation im zweiten Halbjahr 2021 und wieder auf das fünf-Prozent-Ziel zurückgeführt werden. Die

Verbraucherpreise zogen im März um 8,5 Prozent an, die Kerninflation im Jahresvergleich liegt bei 5,9 Prozent. **Experten erwarten, dass der Leitzins bis Jahresende nicht weiter erhöht wird.**

Das **Finanzministerium erhöhte** am 20. April die **Renditen für Griwna-Anleihen**. Die Auktion erbrachte den Gegenwert von 164 Millionen US-Dollar, was knapp dem dreifachen Betrag der Vorwoche entspricht. Bei der **Auktion entfielen 96 Prozent der Käufe auf Papiere mit einjähriger Laufzeit, deren Rendite auf 11,15 Prozent stieg** (plus 40 Basispunkte). Dreijährige Anleihen rentieren mit 8,5 Prozent (plus 73 Basispunkten), Anleihen mit einer Laufzeit von 1,5 Jahren rentieren mit 11,3 Prozent (plus 20 Basispunkte) und sechsjährige Anleihen mit 12,75 Prozent (plus 25 Basispunkte).

Die Nationalbank der Ukraine möchte den **Staatsanteil im ukrainischen Bankensektor reduzieren** und von aktuell 55 Prozent in den nächsten fünf Jahren auf maximal 25 Prozent reduzieren. Die **PrivatBank, die größte Bank der Ukraine, soll in diesem Zuge offenbar demnächst zum Verkauf angeboten werden**, wie der Gouverneur der Nationalbank Kyrylo Shevchenko mitteilte. Im Zuge der Verstaatlichung der Bank im Dezember 2016 strengte der ehemalige Eigentümer und Oligarch Ihor Kolomoiskyj etwa 100 Klagen an. Shevchenko äußerte die Hoffnung, dass die Klagen bis zum Ende des Jahres 2021 gelöst würden und einer Privatisierung nicht im Wege stünden.

Am 13. April hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den **Gesetzentwurf zur Liquidierung des Kiewer Bezirksverwaltungsgerichts** an das Parlament des Landes weitergeleitet. Das Gericht, welches für alle Klagen gegen Entscheidungen der Zentralregierung (einschließlich der Beschlüsse der Ministerien, des Kabinetts, des Präsidenten und der Zentralbank) zuständig ist, macht regelmäßig mit Korruptionsskandalen Schlagzeilen. Zudem wird der Leiter des Gerichts Pavlo Vovk durch das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) der Verschwörung und des Versuchs, die Staatsmacht zu ergreifen, verdächtigt. Die Arbeit des Gerichts war in der Vergangenheit mehrfach Anlass zur Kritik und ein steter Unruheherd mit Blick auf die Reformbemühungen der Ukraine im Antikorruptionskampf.

Die Ukraine möchte die **Impfkampagne im Land beschleunigen**. Präsident Selenskyj unterzeichnete dazu am 4. April ein **Dekret. Die Regierung soll in diesem Zusammenhang einen Plan entwickeln, um die Mehrheit der Ukrainer bis Ende 2021 zu impfen**. In diesem Zuge sollen auch die **Beziehungen zu ausländischen Impfstoffherstellern verbessert** werden sowie die Idee konkretisiert werden, **im Land selbst Impfstoffe herstellen zu können**. Die Impfstoffbeschaffung läuft in der Ukraine schleppend, zudem bemängeln Kritiker fehlenden logistische Voraussetzungen, um Impfstoff sicher lagern und transportieren zu können. **Gesundheitsminister Maksym Stepanow wird daher mit starker Kritik für das Management der Corona-Krise** konfrontiert. Die Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine geht in einer Projektion von Anfang April davon aus, dass das Land die Spitze der aktuellen Infektionswelle erreicht hat. Die aktuelle Wochentabelle des Ost-Ausschusses zur Entwicklung der Corona-Lage in Mittel- und Osteuropa finden Sie hier:

[Übersicht 29 Länder 20042021.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

Belarus

Die **Nationalbank von Belarus hat auf die anhaltenden Inflationstendenzen bisher nicht mit einer Anhebung des Leitzinses reagiert** und möchte diesen weiter stabil bei 7,75 Prozent halten. Das **Inflationsziel**, welches bei fünf Prozent liegt, wird seit dem Sommer 2020 **überschritten** und lag im Februar 2021 bei einer Steigerungsrate von 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. **Trotz staatlicher Preiskontrollen für bestimmte Verbrauchsgüter ab März 2021 wird sich der Trend nach Expertenschätzungen fortsetzen.**

Im August und September 2020 hatte die Nationalbank von Belarus ihre **Währungsreserven** um 1,4 Milliarden US-Dollar reduziert (u.a. zur Stabilisierung der Landeswährung). **Unter anderem durch eine Eurobond-Emission konnte der Abfluss gestoppt und Reserven stabilisiert werden**, allerdings mit leicht fallender Tendenz.

Die belarussische Regierung hat entschieden, dass die **Vermögens- und Grundsteuervergünstigungen für das Kernkraftwerk Astrawetz bis zum Jahr 2041 verlängert werden.** Nachdem die ursprünglichen Pläne für Stromexporte in die Europäische Union nicht mehr durchführbar sind, verspricht man sich profitable Exporte auf den russischen Markt.

Das Finanzministerium rechnet damit, **die zweite Tranche eines russischen Kredits im Gegenwert von 500 Millionen US-Dollar bis Ende Juni 2021 zu erhalten.** Beide Länder hatten am 21. Dezember 2020 einen Kreditvertrag im Gegenwert von einer Milliarde US-Dollar unterzeichnet. Die erste Tranche wurde am 30. Dezember 2020 ausgezahlt.

Die **Eurasische Wirtschaftsunion erwägt die Entwicklung eines autonomen Zahlungssystems.** Dies kündigte der Vorstandsvorsitzende der Eurasischen Wirtschaftskommission Michail Mjasnikowitsch am 14. April 2021 an. Man strebe damit die **Entdollarisierung der gegenseitigen Verrechnungen und die Einrichtung eines autonomen Zahlungssystems** innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) an. Weitere Konsultationen zur Schaffung des digitalen BRICS PAY Abrechnungssystems starten in den entsprechenden Gremien der EAWU im April 2021.

Südkaucasus

Das Finanzministerium von **Georgien** konnte im April erfolgreich einen **Eurobond im Wert von 500 Millionen US-Dollar** an der Londoner Börse mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einer Verzinsung von 2,75 Prozent platzieren. Mit der aktuellen Anleihe wird ein 2011 aufgelegter Eurobond refinanziert, der vor zehn Jahren noch mit 6,875 Prozent verzinst werden musste. Die positive Zinsentwicklung geht einher mit verbesserten Ratings internationaler Agenturen für Georgien.

Die deutsche **Fluggesellschaft Eurowings** plant ab dem **21. Juli 2021** regelmäßige Flüge nach Georgien anzubieten und damit in den Markt einzusteigen, teilte das Wirtschaftsministerium Georgiens mit. In den Sommermonaten soll die Linie **Tbilissi - Düsseldorf - Tbilissi zwei Mal pro Woche** bedient werden.

Das Exekutivdirektorium des **Internationalen Währungsfonds (IWF)** hat **Anfang April 2021** die **Überprüfung des georgischen Wirtschaftsreformprogramms abgeschlossen**, das durch eine vierjährige erweiterte Vereinbarung im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität (EFF) unterstützt wird. Damit werden **zum Abschluss etwa 111 Millionen US-Dollar freigegeben**, wodurch sich die Gesamtauszahlungen auf etwa 687 Millionen Dollar erhöhen. Gelobt werden im Bericht die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen als Reaktion auf die Einschränkungen im Rahmen der Covid19-Pandemie.

Über 97.000 georgische Staatsbürger haben sich für ein **Saisonarbeitsprogramm in Deutschland** gemeldet. Über das Programm werden ausländische Arbeitskräfte für Tätigkeiten in der deutschen Landwirtschaft angeworben. **Das Kontingent für Georgien beträgt 5.000 Personen**. Georgische Staatsbürger können im Rahmen des Programms eine befristete legale Beschäftigung für maximal 90 Tage aufnehmen. Gleichzeitig verhandelt Georgien auch mit Frankreich, Griechenland und Israel über saisonale Beschäftigungsprogramme.

Der stellvertretende Premierminister von **Armenien** Mher Grigoryan kündigte an, zeitnah die armenische **Position zur Teilnahme von aserbaidshanischen Vertretern am bevorstehenden Treffen der Premierminister der Mitgliedsländer der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU)** mitzuteilen. In früheren Berichten hieß es, dass die anderen Mitglieder der EAWU (Russland, Kasachstan, Belarus, Kirgisistan) die mögliche Teilnahme einer aserbaidshanischen Delegation an einem Treffen des zwischenstaatlichen Rates der EAWU, das am 29. und 30. April 2021 im russischen Kasan stattfinden soll, diskutieren. Die Zustimmung Armeniens ist notwendig.

Das seit dem 1. Januar 2021 **bestehende Importverbot für türkische Waren soll verlängert** werden. Hintergrund ist die türkische Unterstützung Aserbaidschans während des jüngsten Krieges in Berg-Karabach. Nach Angaben der Regierung importierte Armenien im Jahr 2019 Produkte aus türkischer Produktion im Wert von 268 Millionen US-Dollar und von Januar bis Oktober 2020 Waren im Wert von 178 Millionen US-Dollar.

Für die **Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie** hat die armenische Regierung laut der Eurasischen Entwicklungsbank (EDB) **im Jahr 2020 insgesamt 237,9 Milliarden Dram (3,8 Prozent des BIP) als Unterstützung für die Wirtschaft freigegeben**. Der Großteil dieser Unterstützung (2,4 Prozent des BIP) wurde an Unternehmen zur Subventionierung von Kreditzinsen und deren Refinanzierung sowie zur sozialen Unterstützung der Bevölkerung und für langfristige Programme zur wirtschaftlichen Erholung bereitgestellt. Die restlichen Mittel flossen in den Gesundheitssektor und wurden für Steuererleichterungen aufgewendet.

Aserbaidshan hat sich einer **Initiative angeschlossen**, um einen **einheitlichen Roaming-Raum zwischen den Ländern der Östlichen Partnerschaft** zu schaffen. Dies teilte der stellvertretende aserbaidshanische Minister für Verkehr, Kommunikation und Hochtechnologien Elmira Valizadeh am 20. April 2021 mit. Mit Unterstützung **der EU4Digital-Initiative** sollen die **Roaming-Gebühren** zwischen den Ländern **senken** (Ziel: Absenkung bis 2026 um knapp 90 Prozent) und an einem **einheitlichen Roaming-Raum** mit Belarus, Georgien, Moldawien, Ukraine und Armenien gearbeitet werden.

Nach Angaben des staatlichen Statistikkomitees von Aserbaidschan **steigerte sich das Produktionsvolumen im Nicht-Öl- und Gas-Sektor** im ersten Quartal 2021 um 11,9 Prozent. Besonders **wachstumsstark** waren dabei die Bereiche **pharmazeutische Produktion, das verarbeitende Gewerbe, Elektrotechnik und optische Produkte**.

Das **Energieministerium von Aserbaidschan und die International Finance Corporation (IFC)** haben ein **Memorandum über die Zusammenarbeit bei der Nutzung von Offshore-Windenergie** unterzeichnet. Beide Institutionen wollen die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen in Aserbaidschan fördern. Dabei soll der Privatsektor aktiv eingebunden werden. Die IFC unterstrich, dass es eine der strategischen Prioritäten sei, in Aserbaidschan den Übergang des Landes zu einem neuen, vom Privatsektor geführten Wachstumsmodell zu unterstützen. **Zunächst soll das Potenzial der Offshore-Windenergie in Aserbaidschan bewertet werden und anschließend die Entwicklung einer Roadmap vorangetrieben werden.** In den **nächsten Phasen** ist das **Ausschreibungsmanagement für relevante Offshore-Projekte, die Definition von Partnerschaften mit dem Privatsektor und die Umsetzung von Zusatzinvestitionen** vorgesehen.

Konjunktur

Ukraine: Die Nationalbank der Ukraine (NBU) korrigierte im April ihre Prognose für die **Verbraucherinflation auf acht Prozent im Jahr 2021 nach oben** und **senkte gleichzeitig die BIP-Prognose für 2021 auf ein reales Wachstum von 3,8 Prozent**. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert vier Prozent. Die ukrainische Wirtschaft erholt sich aufgrund der wieder eingeführten Quarantänebeschränkungen langsamer als zuvor erwartet.

Die **Einnahmen des ukrainischen Staatshaushalts stiegen im 1. Quartal 2021** vorläufig um 19,2 Prozent im Jahresvergleich (251,5 Milliarden UAH) und übertrafen damit den Plan der Regierung um 5,7 Prozent, berichtete das Finanzministerium am 1. April. Die **Nettosteuer-einnahmen stiegen** um 16,1 Prozent auf 128,7 Milliarden UAH (plus 6,2 Prozent über dem Plan). Die Zolleinnahmen stiegen im Jahresvergleich um 27,8 Prozent auf 83,4 Milliarden UAH (plus 3,7 Prozent über dem Plan).

Die **Verbraucherinflation in der Ukraine stieg im März 2021 auf 8,5 Prozent** (7,5 Prozent im Februar). Verantwortlich für den Preisanstieg seien vor allem stark gestiegene Lebensmittelpreise.

Belarus: Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für das Jahr 2021 einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von Belarus um 0,4 Prozent. Die Weltbank (Frühjahrsprognose 2021) ist noch pessimistischer und prognostiziert einen BIP-Rückgang um 2,2 Prozent.

Armenien: Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet im Rahmen seiner Frühjahrsprognose, dass Armeniens Wirtschaft 2021 um ein Prozent und im Jahr 2022 um 3,5 Prozent wachsen wird (2020: minus 7,6 Prozent). Die Jahresinflation 2021 wird bei 3,9 Prozent gesehen.

Aserbaidshan: Der Außenhandelsüberschuss Aserbaidshans belief sich im ersten Quartal 2021 auf 1,6 Milliarden US-Dollar, wie das staatliche Zollkomitee mitteilte. Während des Berichtszeitraums betrug der Handelsumsatz des Landes 6,6 Milliarden US-Dollar. Vom Gesamtumsatz betrug der Export 4,1 Milliarden US-Dollar oder 62 Prozent, während der Import 2,5 Milliarden US-Dollar oder 37,9 Prozent betrug.

In EU-Länder wurden Güter im Wert von 1,9 Milliarden US-Dollar oder 47,4 Prozent exportiert, in die „GUS“-Länder 358,5 Millionen US-Dollar oder 8,6 Prozent und in andere Länder 1,8 Milliarden US-Dollar oder 43,9 Prozent des gesamten Exports.

Was den Import betrifft, so entfielen auf die GUS-Länder 609,2 Millionen US-Dollar oder 24 Prozent, auf die Länder der Europäischen Union 483,4 Millionen US-Dollar oder 19,1 Prozent und auf andere Länder 1,4 Milliarden US-Dollar oder 56,8 Prozent des Gesamtimports des Landes in den ersten drei Monaten des Jahres.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Am **20. April 2021** hat im Rahmen der [Außenwirtschaftstage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie](#) das **Osteuropaforum mit dem Schwerpunkt Nearshoring** stattgefunden. Vor rund 160 Teilnehmer diskutierten die Panelisten über Trends im Bereich Nearshoring in Osteuropa. Kürzere Lieferketten und geringere Lohnkosten sind dabei weiter die Hauptgründe für das Nearshoring in den Ländern Mittelost- und Osteuropas auch in den nächsten Jahren. Wichtige Branchen werden die Elektrotechnik, (Auto)Zulieferung, Maschinenbau und der große Bereich IT-Wirtschaft sein und bleiben. Der Ost-Ausschuss organisierte das Forum gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), und den deutschen Auslandshandelskammern in der Region. Für spannende Einblicke sorgten Marjan Vucak (MEGGLE GmbH & Co. KG), Olaf Holzgreffe (Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME)), Milan Grujic (ZF Group) sowie Jürgen Knie (Manz AG).

Ebenfalls am **20. April** wurden die **Ergebnisse einer Studie zum Investitionsklima in Armenien** für ausländische Investoren, Chancen, Risiken, sowie Reformvorschläge erörtert und **gemeinsam mit Varos Simonyan, stellvertretender Wirtschaftsminister Armeniens, diskutiert**. Die Studie basiert auf einer qualitativen Umfrage unter unabhängigen Experten und den in Armenien tätigen deutschen Unternehmen. Sie wurden von den Experten des German Economic Team im letzten Jahr mit Unterstützung des Deutschen Wirtschaftsverbandes Armenien, des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und der European Business Association durchgeführt. Auf Grundlage des erhobenen Datenmaterials wurden eine Reihe von Empfehlungen und Reformierungsvorschlägen zur Verbesserung des Investitionsklimas erarbeitet, die [hier](#) abgerufen werden können.

Termine

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.

- **27. April: German Ukrainian Digital Partnership,**
#2 Robotics & Automation. Anmeldungen über www.gu-dp.cpom
#3 e-health – **Anfang Juni**
#4 Education & HR – **Ende Juni**



Diese Veranstaltungsreihe zur **ukrainischen Digitalwirtschaft** findet in Kooperation mit den IT-Clustern Kiew, Charkiw und Dnipro, der Lwiw Startup School, der Ukrainian Venture Capital Association und der AHK Ukraine sowie NRW.Global Business statt.

- **28. April: The forthcoming ACAA between the EU and Ukraine: What to expect?**
Die Unterzeichnung eines ACAA - eines Abkommens über die Konformitätsbewertung und die Anerkennung von Industrieprodukten - zwischen der Ukraine und der EU, auch „visafreies Industrieregime“ genannt, wurde von der ukrainischen Regierung als höchste Priorität und als nächster Schritt in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine bezeichnet. Das German Economic Team (GET) und das Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung in Kiew (IER) laden gemeinsam mit der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine), der European Business Association (EBA) und dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (OA) zu einem Webinar ein, um die Ergebnisse einer gemeinsamen Studie vorzustellen, zu beleuchten und diese wichtige politische Frage zu diskutieren. Anmeldungen sind über die [Ost-Ausschuss-Webseite](#) demnächst möglich.
- **3. Mai:** Briefing zur aktuellen Lage in der Ukraine mit **Omid Nouripour**, Außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, **Jean P. Froehly**, Leiter Arbeitsstab Ukraine im Auswärtigen Amt und **Philip Sweens**, Länderkreis-sprecher Ukraine im OA und Geschäftsführer HHLA International GmbH - **NUR FÜR MITGLIEDER**
- **4. Mai: Agrarpanel zur georgischen Agrarwirtschaft**, unter anderem mit dem Agrarminister von Georgien, Levan Davitashvili. Anmeldungen sind über die [Veranstaltungsseite](#) möglich.
- **31. Mai: Briefing zur Privatisierungsinitiative Ukraine** gemeinsam mit Ukrainel-vest, Privatisierungsagentur der Ukraine und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer

Tipps & Links

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region**:

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidshan: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covidconomy.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Länderanalysen Belarus – mittel- und langfristige Folgen der politischen Krise für die Wirtschaft: [Politische Krise in Belarus: Die Folgen für die Wirtschaft | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Weiterhin können Sie sich zu den **aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus**, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidshan
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)